

Persönliche Erklärung der Abgeordneten Agnieszka Brugger nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses über den Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan (BT-DRS: 19/7726)

Die Entscheidung über Auslandseinsätze der Bundeswehr gehört zu den schwierigsten Entscheidungen, die Abgeordnete des Deutschen Bundestages zu treffen haben. Sie fordert wie kaum eine andere das Gewissen und Herz der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Den in Afghanistan eingesetzten Soldatinnen und Soldaten und zivilen Helferinnen und Helfern und ihren Familienangehörigen möchte ich für ihren persönlichen Einsatz unter gefährlichen Bedingungen danken und ihnen meine Wertschätzung entgegenbringen.

Der Militäreinsatz in Afghanistan dauert nun bereits fast 18 Jahre. Die jahrelange Dominanz militärischer Ansätzen gegenüber zivilen Lösungen, ein fehlendes entwicklungspolitische Konzept sowie eine fehlende Exit-Strategie gehören zu den Fehlern der deutschen Afghanistanpolitik. Diese Fehler werden mit dem vorliegenden Mandat weiter fortgesetzt.

Das militärische Engagement in Afghanistan ist gescheitert

Die Sicherheitslage im Land verschlechtert sich Jahr für Jahr immer weiter und die Zahl der Opfer unter den afghanischen Sicherheitskräften und bei Zivilistinnen und Zivilisten bleibt hoch und stieg zuletzt sogar noch an. Im afghanischen Militär und bei der Polizei gibt es eine extrem hohe Desertationsrate. Nach dem vierteljährlichen Bericht des Spezialinspektors des US-Senats für den Wiederaufbau in Afghanistan (SIGAR) ist nur gut die Hälfte des Landes unter Kontrolle oder Einfluss der afghanischen Sicherheitskräfte.

Die Klientelpolitik der politischen Eliten, massive Korruptionsprobleme und die Rivalitäten zwischen verschiedenen Gruppen haben dazu geführt, dass viele Menschen in Afghanistan bitter enttäuscht über diese Regierung sind. Bis heute gelingt es der afghanischen Regierung nicht, staatliche Souveränität in allen Provinzen durchzusetzen.

Bei aller Verbundenheit und Betroffenheit muss man mit einem realistischen Blick leider feststellen, dass das militärische Engagement trotz vieler Strategiewechsel keine Erfolgsperspektive mehr hat. Es ist bitter, aber von nachhaltigen Frieden und dauerhafter Stabilität ist Afghanistan trotz des Einsatzes der internationalen Gemeinschaft noch weit entfernt. Die fatalen militärischen Strategiewechsel in den Vorgängermissionen aber auch der nationale Anti-Terrorkampf der USA haben die Erfolgsperspektiven des Einsatzes weiter verringert. Obwohl sich zwischenzeitlich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass die offensive Aufstandsbekämpfung nicht zu mehr Sicherheit beiträgt, sondern kontraproduktiv wirkt, wurden bereits unter dem US-

Präsidenten Barack Obama verstärkt wieder Luftangriffe durchgeführt. Insbesondere Donald Trumps militärische Eskalationsstrategie seit 2017, die erneute massive Ausweitung des Antiterrorkampfes mit Angriffen in der Nacht (engl. night raids), Drohnenangriffen und Luftschlägen haben weder zu einer substantiellen Schwächung der Taliban geführt, noch das Blatt zu Gunsten der afghanischen Sicherheitskräfte gewendet. Diese falsche und gefährliche Logik führt im Gegenteil zu mehr zivilen Opfern, trägt zur Radikalisierung der Aufständischen sowie in der Bevölkerung bei und heizt die Gewaltspirale weiter an.

Es braucht eine kluge Exit-Strategie und einen verantwortungsvollen Abzugsplan

Die Bundesregierung hat Jahr für Jahr nur leere Durchhalteparolen präsentiert, den hochgefährlichen Einsatz immer wieder verlängert und die 2016 von der NATO beschlossene zeitliche Entfristung des Afghanistaneinsatzes mitgetragen. Dabei hätte sie längst Kriterien für ein Ende des Einsatzes festlegen und einen klugen Abzugsplan verbreiten müssen. Ein Verbleib deutscher Soldatinnen und Soldaten bei einem gleichzeitigen Abzug der US-Armee aus Afghanistan wäre nicht zu bewerkstelligen, wie Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen selbst eingeräumt hat. In dieser Situation einfach ein altes Mandat neu vorzulegen und so zu tun, als ob nichts geschehen sei, ist gefährlich naiv.

Weiter Verantwortung in Afghanistan übernehmen

Die internationalen Verpflichtungen für den zivilen Wiederaufbau müssen auch über einen Abzug hinaus im Rahmen der Möglichkeiten eingehalten werden. Das langfristige Engagement Deutschlands in Afghanistan muss einen Schwerpunkt auf Bildung, Wirtschaftsförderung und Rechtsstaatlichkeit legen. Terrorismus kann militärisch nicht besiegt werden. Letztlich kann nur eine politische Verhandlungslösung dauerhafte Stabilität bringen. Seit dem Sommer 2018 führen die USA mit den Taliban Gespräche, ohne die afghanische Regierung oder die Zivilgesellschaft daran zu beteiligen. Die USA haben damit mit dem Konsens der internationalen Gemeinschaft gebrochen, dass die afghanische Regierung mit am Verhandlungstisch sitzen müsse. Die Trump-Administration hat zudem zur einzigen Bedingungen der Gespräche gemacht, dass aus Afghanistan keine Terrorgefahr für andere Staaten mehr ausgehen soll. Eine solche kurzsichtige Verhandlungsstrategie kann weder zum Erfolg führen, noch wird sie eine echte Friedensperspektive für die Menschen in Afghanistan ermöglichen. Trotzdem trafen sich vom 17. bis 20. März 2019 die Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Gruppen zu einer großen Versammlung (Loya Jirga), um ihre roten Linien für die Verhandlungen festzulegen. Nur wenn die Afghaninnen und Afghanen am Ende selbst über ihre Zukunft mitentscheiden können, besteht die Chance auf einen nachhaltigen Frieden, der auch die Rechte der afghanischen Zivilgesellschaft achtet. Ein solcher Weg wäre trotzdem nicht einfach, von langer Dauer und vielen Problemen geprägt. Die Bundesregierung hat über Jahre zu wenig an einer diplomatischen Lösung gearbeitet. Das aktuelle Angebot für eine Friedenskonferenz in Deutschland ist zwar richtig, kommt aber Jahre zu spät.

Es gehört auch zu einer ehrlichen Debatte, die militärischen Einsätze in Afghanistan kritisch zu reflektieren. Deshalb ist eine tiefgehende, umfangreiche, unabhängige und kritische Evaluation der Einsätze unablässig, um militärisches, aber auch ziviles Engagement auszuwerten.

Präsident Trump hat mit seiner unabgestimmten Ankündigung den Taliban und anderen radikalen Kräften in die Hände gespielt. Ich selbst habe immer wieder einen Abzugsplan gefordert, dieser muss aber klug und verantwortungsvoll gestaltet sein. Auch wenn meine Ablehnung dieses Einsatzes nicht als Forderung nach einem Sofortabzug zu verstehen ist, lehne ich – insbesondere vor dem angekündigten Abzug der USA - ein verantwortungsloses Weiter-so des deutschen Militäreinsatzes in Afghanistan ab. Man kann einen Einsatz nach fast 20 Jahren nicht einfach immer weiter verlängern, wenn schon lange klar ist, dass er keine Erfolgsperspektive mehr hat.

Berlin, den 21. März 2019